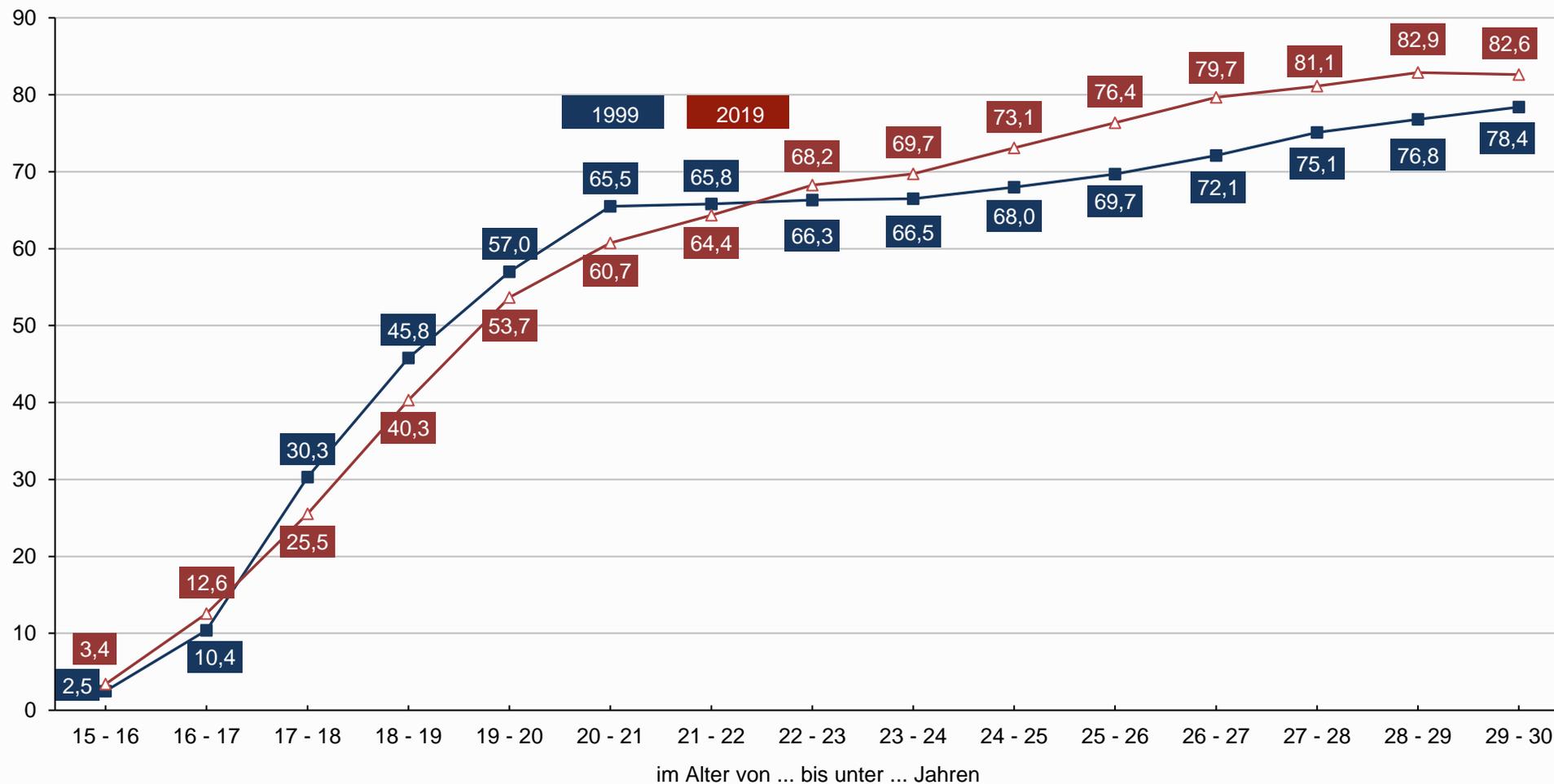


■ Erwerbstätigenquoten¹ der jüngeren Bevölkerung 1999 und 2019² in % der Bevölkerung des jeweiligen Alters



¹ inkl. Auszubildende ² Aufgrund verschiedener methodischer Änderungen sind die Werte im Zeitverlauf nur bedingt vergleichbar. Jedoch ist die Trendaussage belastbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020): Mikrozensus (Arbeitstabellen)



Erwerbsbeteiligung der jüngeren Bevölkerung 1999 und 2019

Die Erwerbsbeteiligung jüngerer Menschen hat in den vergangenen 20 Jahren bei den 17- bis 21-Jährigen deutlich abgenommen. Beim Vergleich der Jahre 1999 und 2019 wird sichtbar, dass die Erwerbstätigenquoten der betrachteten Altersgruppen bis zum Lebensalter von 22 Jahren gesunken sind, jedoch ab diesem Alter jedoch merklich angestiegen sind.

Hintergrund ist eine zunehmende und zunehmend längere Bildungsbeteiligung. Immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene absolvieren eine weiterführende Schul- und Hochschulausbildung. Dementsprechend hat sich auch die Zahl der Studierenden in Deutschland im Laufe der vergangenen Jahrzehnte kontinuierlich erhöht. Mit etwa 2,9 Millionen Studierenden waren im Wintersemester 2018/2019 so viele Studierende wie nie zuvor eingeschrieben (vgl. [Abbildung IV.132](#)). Durch diese Bildungsexpansion hat sich das Qualifikationsniveau der Bevölkerung im Laufe der letzten Jahrzehnte deutlich erhöht (vgl. [Abbildung IV.12](#)).

Aber nicht nur ein verändertes Bildungsverhalten beeinflusst die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten, sondern auch die Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt wirkt sich darauf aus: In den vergangenen Jahren unterlag die Arbeitslosenquote Jüngerer (vgl. [Abbildung IV.101](#)) deutlichen Schwankungen, ist jedoch seit dem Jahr 2005 stetig gesunken (mit Ausnahme des Jahres 2009) und liegt zurzeit auf dem niedrigsten Niveau im Vergleichszeitraum. Relevant ist darüber hinaus die Entwicklung der Ausbildungslosigkeit (vgl. [Abbildung IV.100](#)). Während Anfang der 1990er Jahre ein Angebotsüberhang an Ausbildungsplätzen bestand, wurden in den Folgejahren gemessen an der Nachfrage eher zu wenige Ausbildungsplätze angeboten. Seit dem Jahr 2010 liegt das Angebot an Ausbildungsstellen – infolge der demografischen Veränderungen (die nachrückenden Jahrgänge sind schwächer besetzt) und der günstigen ökonomischen und Arbeitsmarktentwicklung – jedoch wieder deutlich über der Nachfrage nach Ausbildungsstellen.

Zu berücksichtigen ist zudem, dass immer mehr Studierende während ihres Studiums erwerbstätig sind und die traditionelle Trennung zwischen Ausbildungs- und Erwerbsphase im Lebensverlauf zunehmend verwischt. Nach der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks lag die Erwerbstätigenquote von Studierenden während der Vorlesungszeit bei 68 % (2016), wobei es sich in der Regel um Beschäftigungsverhältnisse auf Minijob-Basis handelt. Da gerade diese Form der Erwerbstätigkeit im Mikrozensus häufig unterschätzt wird (siehe dazu z.B. [Abbildung IV.108](#)), ist anzunehmen, dass die Erwerbsbeteiligung der Jüngeren höher liegt als in der Grafik oben abgebildet.

Methodische Hinweise

Die Daten entstammen dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Der Mikrozensus ist eine repräsentative Haushaltsbefragung, in der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland, ausgewählt nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren, zu ihrer Erwerbsbeteiligung,

ihrer Ausbildung sowie zu ihren Lebensbedingungen befragt werden. Jährlich wird ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte ausgetauscht. Folglich bleibt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe.

Setzt man die Erwerbstätigen ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), so ergibt sich die „Erwerbstätigenquote“. Die Erwerbstätigenquote gilt als Maßgröße der (realisierten) „Erwerbsbeteiligung“. Die „Erwerbsquote“ ist demgegenüber Maßstab für die „Erwerbsneigung“ der Bevölkerung und enthält im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre).

Nach der Definition des Mikrozensus gelten jegliche Personen als erwerbstätig, die einer entlohnten beruflichen Tätigkeit von mindestens 1 Stunde nachgehen. Aufgrund dessen hat die Erwerbstätigenquote eine Schwäche: Aus ihr lässt sich z.B. der Anteil der Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten nicht ablesen. Gerade diese Beschäftigungsformen sind jedoch stark von Frauen besetzt. Die Einordnung in die Gruppe der Erwerbstätigen ist demnach nicht grundsätzlich mit einer eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbsarbeit gleichzusetzen.

Unter Erwerbslosen versteht der Mikrozensus Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und innerhalb von zwei Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Die Registrierung als arbeitslos, zentrales Merkmal der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, spielt hierbei keine Rolle.

In den Zeitreihen zur Erwerbstätigkeit auf Basis des Mikrozensus sind verschiedene methodische Effekte zu berücksichtigen, die die Vergleichbarkeit der Daten einschränken:

- Die Fragen zum Erwerbsstatus wurden ab 2005 mehrfach umgestaltet, vor allem um das ILO-Konzept besser umzusetzen. In der Folge erhöhte sich die Erwerbstätigkeit und die Differenz zur Erwerbstätigenrechnung verringerte sich. Zudem wurde die Frage zur Messung der Arbeitszeit ab 2010 mehrfach geändert.
- Bis 2005 wurde die Befragung im April durchgeführt, ab 2005 erfolgt sie unterjährig. Es wird seitdem die jahresdurchschnittliche Entwicklung wiedergegeben.
- Ab 2011 werden die Ergebnisse des Mikrozensus auf Grundlage des Zensus 2011 hochgerechnet. Zuvor wurde für Westdeutschland die Volkszählung von 1987 und für Ostdeutschland das zentrale Einwohnerregister der ehemaligen DDR zum Stand Oktober 1990 als Basis der Hochrechnung verwendet. Die Auswirkungen auf die Ergebnisse ist vor allem eine Niveauveränderung der absoluten Werte. Auf die Berechnung von Quoten hat die Änderung nur einen geringen Einfluss.
- Ab 2016 wird auch die Stichprobe des Mikrozensus auf Grundlage des Zensus 2011 gestützt.
- Ab 2017 werden Personen in Gemeinschaftsunterkünften nicht mehr zu ihrer Erwerbsbeteiligung gefragt. Die Aussagen bilden daher nur noch die Erwerbssituation von Personen in Privathaushalten ab.